

Industrie fordert Klimahilfe

Deutschland soll bereits 2045 klimaneutral sein. Das setzt energieintensive Unternehmen massiv unter Druck. Sie verlangen nun konkrete Zusagen der Politik.

S. Kersting, K. Stratmann, K. Witsch

Anfang Mai hat die Bundesregierung die deutschen Klimaziele deutlich verschärft. So soll Deutschland bereits 2045 und damit fünf Jahre früher als die EU klimaneutral werden. Das bringt vor allem Unternehmen aus energieintensiven Branchen wie Chemie, Stahl, Papier oder Zement an ihre Grenzen. Sie fordern nun eine konkrete Strategie und finanzielle Zusagen von der Politik.

"Ohne einen Plan, wie das gehen soll", habe die Regierung die Klimaziele verschärft, sagte BASF-Chef Martin Brudermüller dem Handelsblatt. Es werde Zeit, so der CEO des weltgrößten Chemiekonzerns, dass die Politik ihre "Flughöhe der Ambitionen" verlasse und sich an die Arbeit mache. "Es muss jetzt um die Umsetzung gehen", sagte Bernhard Osburg, Chef von Thyssen-Krupp Steel Europe. Er verlangt "Überweisungen", sprich einen Fonds, der die Investitionen der Firmen in klimaneutrale Technologien, Anlagen und Verfahren fördert. "Wir brauchen eine Bündelung der öffentlichen Mittel, mit denen der Umbau der energieintensiven Industrien finanziert wird", sagte der Manager. Diese müssten in Haushaltsposten einfließen, damit die Industrie Gewissheit habe, dass die Politik ihren Transformationspfad verlässlich begleite.

Unterstützung bekommen die Manager von Sabine Nallinger, Vorständin der Stiftung 2 Grad, in der sich Firmen zusammengeschlossen haben, die sich stark auf den Klimaschutz fokussiert haben. "Bislang fehlte es an politischer Unterstützung, um langfristig planen zu können", sagte sie. "Die Wirtschaft braucht jetzt einen großen Wurf mit spezifischen Instrumenten für alle Sektoren." S. Kersting, K. Stratmann, K. Witsch /// Industrie fordert Klimahilfe // .

Die Bundesregierung hat der Industrie in den vergangenen Monaten zwar Hilfen in Aussicht gestellt und Programme entworfen. Allerdings ist bislang kaum Geld geflossen. Das Resümee vieler Manager ist deshalb bitter: Die Politik ist schnell dabei, wenn es darum geht, neue Ziele zu formulieren. Wenn sie jedoch Geld bereitstellen soll, um den Transformationspfad der Unternehmen zu unterstützen, lässt sie sich Zeit.

"Die Herausforderung, global wettbewerbsfähig zu bleiben und die Klimaschutzziele zu erreichen, ist enorm. Wir werden dies ausschließlich durch intensive politische Unterstützung und die richtigen Rahmenbedingungen erreichen können", sagte Aurubis-Chef Roland Harings dem Handelsblatt. In den vergangenen Jahren habe es daran gravierend gemangelt. Aurubis ist der größte Kupferproduzent Europas und der größte Kupferrecycler der Welt und gehört damit zu den größten Stromverbrauchern in Deutschland.

Dominik von Achten, Chef von Heidelberg-Cement, einem der weltweit größten Baustoffunternehmen, hält eine langfristige Planungssicherheit für entscheidend für das Gelingen der Transformation. Unterstützung der Politik erhofft er sich zum Beispiel beim Aufbau einer Infrastruktur für den Transport von Wasserstoff, ebenso bei der Skalierung von Technologien zur CO₂ - Reduzierung und - Abscheidung.

Für Matthias Zachert, Chef des Spezialchemiekonzerns Lanxess, ist entscheidend, dass die Industrie Zugriff auf viel mehr erneuerbare Energien bekommt, "und zwar zu wettbewerbsfähigen Preisen". Dringend erforderlich sei eine Entlastung bei den Stromkosten, etwa von der EEG-Umlage und Teilen der Netzentgelte. "Chemische Wertschöpfungsketten sind sehr kostensensibel. Da reichen mitunter kleine Veränderungen, und eine Substanz kann nicht mehr kostendeckend produziert werden. Die produziert dann jemand anders, im Zweifel außerhalb Europas, ohne grünen Strom", sagte Zachert. Das müsse durch wirksame Schutzinstrumente verhindert werden.

Siemens-Energy-Chef Christian Bruch sieht eine große Bereitschaft der Industrie, den Umbau voranzutreiben. "Doch solange Verbraucher weltweit nicht bereit sind, mehr Geld für den ökologisch hergestellten Kühlschrank oder das sauberere Auto zu bezahlen, braucht Deutschland als Exportnation ein ökonomisch tragfähiges Modell. Nur so werden wir den ökologischen Ausbau schaffen", sagte Bruch dem "Spiegel".

Die Politik sieht das naturgemäß anders. Vor drei Wochen machte Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) eine interessante Rechnung auf: Nach einem Treffen mit Vertretern der Stahlbranche erklärte er, die Bundesregierung habe es in den vergangenen Monaten geschafft, rund fünf Milliarden Euro für die Dekarbonisierung der Industrie in den Jahren 2022 bis 2024 zu mobilisieren. Das klingt gut. Doch das Geld steht noch längst nicht bereit. Es ist nicht mehr als ein politisches Versprechen.

Hohe Strompreise und der europäische Emissionshandel belasten Dabei ist seit Langem unbestritten, dass Unternehmen aus energieintensiven Branchen rasch Hilfe benötigen, um das Ziel der Klimaneutralität erreichen zu können. Schon heute sind viele energieintensive Unternehmen, die deutschlandweit für rund 880.000 Jobs stehen, in einer schwierigen Lage. Ihnen machen hohe Strompreise und der europäische Emissionshandel zu schaffen.

Die meisten Unternehmen in Deutschland zahlen Strompreise, die weit über dem europäischen Durchschnitt liegen. Das liegt daran, dass der Strompreis mit staatlich festgelegten Umlagen und Abgaben überfrachtet ist. Besonders stechen dabei die hohen Entgelte für die Nutzung der Netze sowie die Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hervor. Zwar gibt es in beiden Fällen Ausnahmen und Vergünstigungen. Doch die können nur von einem Bruchteil der Unternehmen in Anspruch genommen werden.

Hinzu kommt, dass der Emissionshandel sich in den vergangenen Jahren vom zahnlosen Tiger zum wirksamen Instrument entwickelt hat. Die Preise für die Zertifikate sind zuletzt auf ein Rekordniveau gestiegen; seit dem Jahreswechsel werden die Zertifikatmengen von Jahr zu Jahr stärker beschnitten als bislang.

Doch das alles ist nur ein Vorgeschmack. Die EU-Kommission arbeitet an einer Reform des Emissionshandels, die dem verschärften EU-Klimaziel für 2030 Rechnung trägt. Eine weitere Verknappung der Zertifikate ist damit unvermeidbar. Entsprechend wird auch die kostenlose Zuteilung von Zertifikaten an Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, weiter zurückgehen.

Die Unternehmen sind dadurch doppelt in Bedrängnis: Die CO₂ - Kosten für den laufenden Betrieb steigen kontinuierlich. Parallel müssen die Unternehmen sich für die Zukunft rüsten und Investitionen in neue, klimafreundliche Prozesse planen und finanzieren.

Und natürlich müssen sie im weltweiten Wettbewerb gegen Unternehmen bestehen, die keine vergleichbaren Lasten schultern müssen. Nirgendwo sonst auf der Welt gebe es einen Emissionshandel, der mit dem europäischen System vergleichbar wäre, sagt Osburg, Chef von Thyssen-Krupp Steel Europe. "In China gibt es zwar ein Emissionshandelssystem, aber der Sektor Stahl ist von dem System ausgenommen", so Osburg. "Das weltweite Spielfeld ist heute schon alles andere als fair aufgestellt. Wenn wir jetzt die neuen Transformationslasten schultern sollen, brauchen wir daher konkrete anforderungsgerechte Unterstützung."

Zaghaft geht die Politik auf die betroffenen Unternehmen zu, wenn es darum geht, den bevorstehenden Transformationsprozess zu unterstützen. Vor ein paar Tagen etwa zelebrierte Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) den Spatenstich für eine CO₂ - arme Eisenerz-Direktreduktionsanlage beim Stahlhersteller Salzgitter. Ihr Ministerium unterstützt den Bau der Demonstrationsanlage, für die das Unternehmen knapp 14 Millionen Euro veranschlagt, mit einer Förderquote von 40 Prozent.

Doch das ist nur Spielzeug im Vergleich zur Umstellung kompletter Produktionsanlagen, die in den kommenden Jahren zwingend erfolgen muss. Die Dimensionen sind gigantisch. Berechnungen des Thinktanks Agora Energiewende und des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt, Energie zufolge stehen in Deutschland bis 2030 in der Stahlbranche 53 Prozent der Hochöfen, in der Grundstoffchemie rund 59 Prozent der Steamcracker (Dampfspalter) und in der Zementindustrie rund 30 Prozent der Zementöfen zur Reinvestition an.

Falls im kommenden Investitionszyklus erneut in konventionelle Technologien investiert werden sollte, drohten Fehlinvestitionen, heißt es in einer bereits 2019 veröffentlichten Studie von Agora Energiewende und Wuppertal-Institut. "Die Lage der Grundstoffindustrien in Deutschland ist in dieser Hinsicht alarmierend", steht dort warnend.

Klimafreundliche Produkte wären international nicht wettbewerbsfähig Die Unternehmen stecken in einem Dilemma. Wenn sie in konventionelle Anlagen investieren, die auf dem Einsatz von Gas, Öl oder Kohle beruhen, laufen sie in eine Sackgasse, weil sie die Klimaschutzanforderungen nicht erfüllen können. Klimafreundliche Verfahren aber, die etwa auf dem Einsatz von klimaneutralem Wasserstoff basieren, sind viel teurer. Das betrifft die Investitionen, aber auch die laufenden Kosten. Die Produkte wären international nicht wettbewerbsfähig. Die Lücke muss nach Überzeugung der Unternehmen der Staat füllen.

Experten geben ihnen recht. Das Ziel einer klimaneutralen Industrie könne nur durch eine entschlossene Politik erreicht werden, die jetzt die richtigen Maßnahmen auf den Weg bringe, sagt Patrick Graichen, Direktor von Agora Energiewende. "Es gilt, den Ausbau der erneuerbaren Energien zu entfesseln, eine grüne Wasserstoffwirtschaft in der Industrie zu etablieren und Effizienztechnologien zu fördern. Eine kluge Weiterentwicklung der CO₂ - Bepreisung kann zudem klimaneutrale Innovationen vorantreiben und langfristig wettbewerbsfähige Strompreise sicherstellen", sagt Graichen.

Agora Energiewende hatte kürzlich gemeinsam mit der Stiftung 2 Grad und der Unternehmensberatung Roland Berger zwölf Handlungsempfehlungen erarbeitet, die den Transformationspfad skizzieren. Darin spielen neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien und einer wirksamen CO₂ - Bepreisung auch die Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen sowie die Einführung von Differenzverträgen für CO₂ - arme Schlüsseltechnologien eine wichtige Rolle. Auch die Ankurbelung der Nachfrage nach klimafreundlichen Industrieprodukten, etwa durch Quoten für klimafreundlichen, grünen Stahl, wird als Instrument genannt.

Viele dieser Instrumente finden sich auch in Papieren der Bundesregierung, etwa im "Handlungskonzept Stahl", das vom Bundeskabinett im Juni vergangenen Jahres verabschiedet worden war. Mit der Umsetzung des Konzepts ist man indes noch

nicht weit gekommen. Silke Kersting, Klaus Stratmann

Kasten: ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

So kann die Transformation gelingen

Differenzverträge Carbon Contracts for Difference (CCfDs), kurz

Differenzverträge, gleichen die Mehrkosten des Umstiegs auf klimaneutrale

Prozesse ganz oder teilweise aus. Sie können für die Investition in eine neue

Anlage genutzt werden, aber auch für den Ausgleich höherer Betriebskosten. Der

CCfD wird zwischen Staat und Unternehmen geschlossen. Als Referenzmarkt dient

der europäische Emissionshandel. Der Vertrag garantiert die Zahlung der

Differenz zwischen dem vereinbarten Vertragspreis und dem Preis eines CO₂ -

Zertifikats für Emissionsminderungen gegenüber einem Benchmarkwert einer

konventionellen Referenztechnologie.

Grenzausgleich In der EU-Kommission wird ein CO₂ - Grenzausgleich erwogen.

Stahl- oder Chemieprodukte würden bei der Einfuhr aus Nicht-EU-Staaten mit einem

Aufschlag belegt, der die CO₂ - Kosten in Europa ausgleicht. Allerdings ist

die Regelung umstritten. Fachleute warnen vor einem "grünen Handelskrieg".

Insbesondere China lehnt den Grenzausgleich ab.

Kostenlose Zertifikate Industrieunternehmen, die im internationalen Wettbewerb

stehen, erhalten kostenlose Emissionszertifikate, die ausreichen, um die

tatsächlichen Emissionen zumindest zum großen Teil abzudecken. Die

EU-Kommission arbeitet derzeit an einer Verschärfung des Emissionshandels, um

dem gestiegenen EU-Klimaziel Rechnung zu tragen. Stahl- und Chemieindustrie

pochen darauf, auch künftig ausreichend mit Zertifikaten ausgestattet zu werden.

Sie wollen sich keinesfalls allein auf den Grenzausgleich verlassen.

Transformationsfonds Aus einem mit zweistelligen Milliardenbeträgen

ausgestatteten Fonds könnten beispielsweise CCfDs für Investitionen und für

laufende Kosten gespeist werden.

Industriestrompreis Die Verfügbarkeit von grünem Strom in großen Mengen zu

niedrigen Preisen ist Voraussetzung für das Gelingen der Transformation. Da

der Strompreis aber mit Abgaben und Umlagen überfrachtet ist, ist das

Strompreisniveau in Deutschland zu hoch. Ein garantierter EU-weit geltender

Industriestrompreis von beispielsweise vier Cent je Kilowattstunde könnte die

Lösung sein. Allerdings wirft das Thema beihilferechtliche Fragen auf.

Bislang fehlte es an politischer Unterstützung, um langfristig planen zu

können.

Sabine Nallinger

Vorständin Stiftung 2 Grad.

Wenn wir die neuen Transformationslasten schultern sollen, brauchen wir

konkrete anforderungsgerechte Unterstützung.

Bernhard Osburg

Chef von Thyssen-Krupp Steel Europe.

Eine kluge Weiterentwicklung der CO₂-Bepreisung kann klimaneutrale Innovationen

vorantreiben und wettbewerbsfähige Strompreise sicherstellen.

Patrick Graichen

Direktor Agora **Energiewende**

Kersting, S.

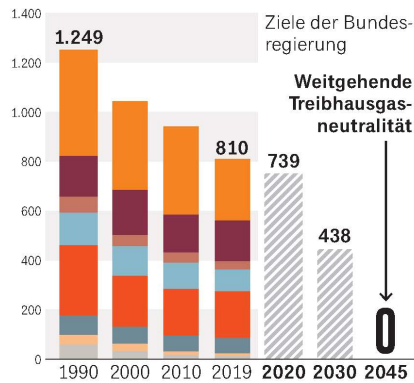
Stratmann, K.

Witsch, K.

Ehrgeizige Klimaziele in Deutschland

Treibhausgas-Emission nach Sektoren in Deutschland in Mio. Tonnen Kohlendioxid-Äquivalente

■ Energiewirtschaft ■ Industrie
■ Verkehr ■ Landwirtschaft
■ Gewerbe, Handel, Dienstleistung ■ Abfall und Abwasser
■ Haushalte ■ Sonstige Emissionen



HANDELSBLATT

Quellen: BMU, Umweltbundesamt

Handelsblatt Nr. 098 vom 25.05.2021
 © Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.
 Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Quelle: Handelsblatt print: Nr. 098 vom 25.05.2021 Seite 001

Ressort: Seite 1
Thema des Tages

Börsensegment: mdax
org
mdax

Dokumentnummer: 87407161-7C87-4335-8520-8644C0AD1A15

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HB_87407161-7C87-4335-8520-8644C0AD1A15%7CHBPM_87407161-7C87-4335-8520-8644C0AD1A15

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH

GENIOS © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH